

PETER VOSER, FINANZCHEF VON ROYAL DUTCH/SHELL, WIRD UBS-VERWALTUNGSRAT

# Der Übergangene kehrt zurück, einmal pro Monat

Von Daniel Meier

Bestern ist Peter Voser definitiv oben angekommen. Er ist als Verwaltungsrat der UBS vorgeschlagen worden. Das Gremium zählt zu den fünf prestigeträchtigsten, die das Land zu bieten hat. Voser liess ausrichten, er sei «sehr erfreut, einen Beitrag für die UBS leisten zu können».

Noch vor einem Jahr war er der vermeintliche Verlierer. Fred Kindle wurde überraschend zum ABB-Chef ernannt. Auch Voser hatte mit dem Job geliebäugelt, und nicht wenige waren damals der Meinung, er sei der Richtige. Als Finanzchef hatte er ABB in der schwierigsten Phase begleitet. Sein Fachwissen, sein taktisches Geschick und manche Sieben-Tage-Woche halfen mit, das drohende Grounding des Industrieriesen abzuwenden. Deshalb, so urteilten vor allem Bankanalysten, heisse der wahre Retter der ABB nicht Jürgen Dormann, sondern Peter Voser.



Das war natürlich Unsinn. Weil jemand eine Bilanz sanieren und den Gläubigern am Verhandlungstisch Zugeständnisse abringen kann, muss er noch lange nicht fähig sein, einen Konzern mit 100 000 Angestellten zurück auf den Wachstumspfad zu führen. Wer weiss, vielleicht hätte es Voser gepackt, aber er hatte nie die Gesamtverantwortung für eine Firma getragen; vor allem dieses Manko führte schliesslich dazu, dass der ABB-Verwaltungsrat gegen ihn entschied.

Also blieb der Übergangene zunächst bei ABB. Doch zwei Monate später, im April 2004, geschah in London etwas, das Vosers Interesse wecken musste. Royal Dutch/Shell setzte die Finanzchefin Judy Boynton ab, nachdem die Ölreserven zum wiederholten Mal nach unten hatten korrigiert werden müssen. Nach weiteren zwei Monaten setzte Voser seine Unterschrift unter den Arbeitsvertrag. Bereits im Oktober wechselte er nach London.

Eine Rückkehr, denn bei Shell hatte er fast sein gesamtes Berufsleben verbracht. Nach KV-Lehre und Fachhochschule fing er 1982, gerade 24 geworden, bei Shell in Zürich als interner Buchprüfer an. Danach blieb er dem Erdölgiganten 20 Jahre lang treu. Der gebürtiger Badener kam in der Welt herum; er war in England tätig, in Chile und Argentinien. Den ersten echten Karriereschritt schaffte er allerdings erst nach 15 Jahren. Am Hauptsitz in London wurde er 1997 zunächst Leiter der konzernweiten Buchprüfung, später Finanzchef für die Ölprodukte in Europa. Am Schluss, vor dem Wechsel in die Schweiz, trug er in gleicher Funktion die weltweite Verantwortung für den Bereich Ölprodukte.

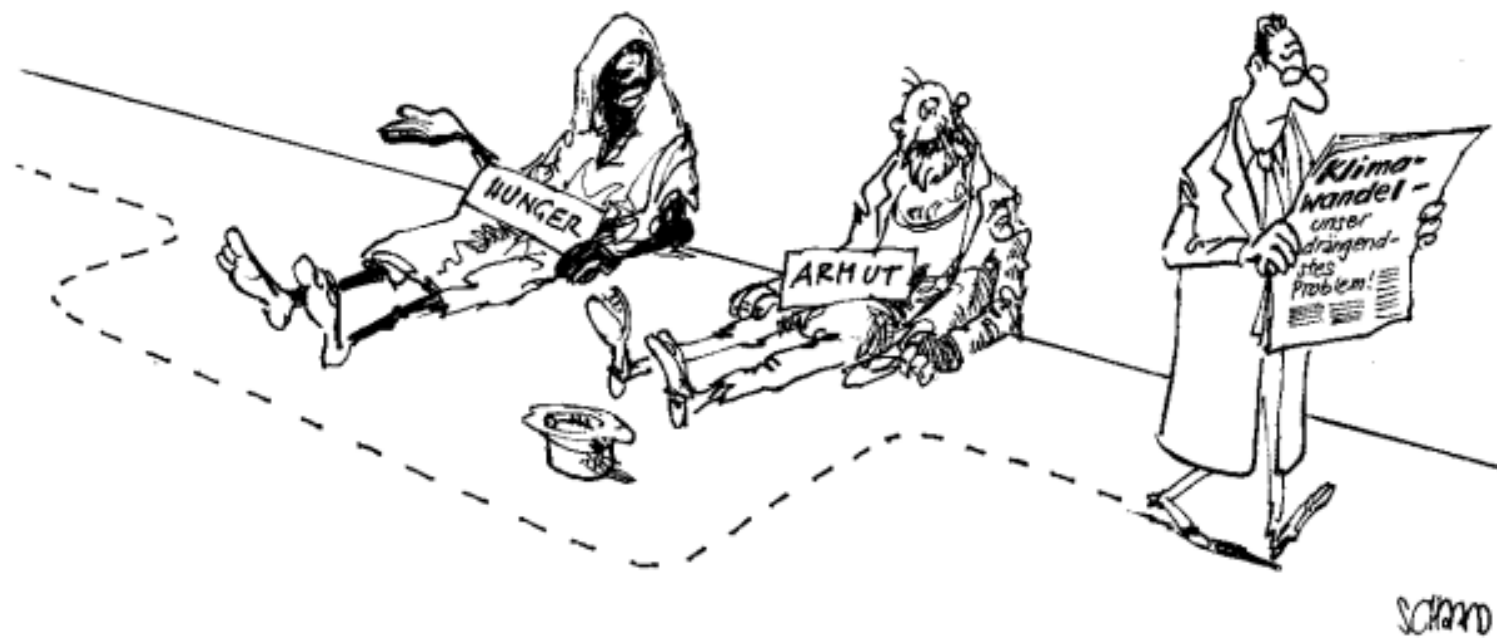
Verglichen mit den zwei Jahrzehnten bei Shell wirken die zweieinhalb Jahre bei ABB, von März 2002 bis Oktober 2004, wie ein Intermezzo. Und auch wenn ihm in Zürich die Krönung verwehrt blieb, so brachte der Abstecher doch den entscheidenden Schub. Vosers Beitrag bei der Sanierung von ABB gilt als Meisterstück. Es fand in

Managerkreisen weitherum grosse Anerkennung, und die Frage ist berechtigt, ob Voser bei Shell den «Traumjob», wie er ihn selbst nennt, ohne seinen Erfolg bei ABB bekommen hätte.

Jedenfalls sitzt er heute dort, wo bisher kaum ein Schweizer zu finden ist: in der Chefetage eines der grössten Unternehmen Europas. Zwar ist Voser nur Finanzchef, dafür stellen die Kennzahlen von Shell jene von ABB klar in den Schatten, und nebenbei ist Voser beim 200-Milliarden-Dollar-Konzern auch für die ganze Informationstechnologie zuständig sowie für die Region Lateinamerika. Und der Mann ist erst 46.

Seit seiner Berufung nach London ist er kaum mehr in der Schweiz gesichtet worden. Das neue Mandat wird Voser, der seit 23 Jahren verheiratet ist und drei Kinder hat, nun wieder einmal pro Monat nach Zürich führen – zu den Sitzungen der UBS. Vielleicht kommt er sogar zum Wandern oder Skifahren, was ja in London schwierig ist.

Eigengewächs im UBS-Verwaltungsrat, Seite 30



ZUR FRAGWÜRDIGEN DOMINANZ DES KLIMAWANDELS

## Wie die Politik die Klimaforschung unter Druck setzt

Heute tritt das Kyoto-Protokoll in Kraft. Welchen Wert hat es, und wie hoch ist der Preis für den politischen Erfolg?

Von Hans von Storch

Nach zähen Verhandlungen ist das grosse Werk vollbracht – völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen sollen den vom Menschen verursachten Klimawandel verhindern. Das umweltpolitisch fortschrittliche Europa feiert, die USA nehmen es zur Kenntnis, und der Rest der Welt schaut zu. Absicht des Protokolls ist es, den erwarteten Emissionsanstieg der Treibhausgase, hauptsächlich CO<sub>2</sub>, zu reduzieren, um für den Menschen «gefährliche» Klimaänderungen zu vermeiden. Dieses Ziel erreichen wir mit dem Protokoll nicht. Dafür reichen die vorgeschriebenen Reduktionsverpflichtungen bei weitem nicht aus. In dieser Hinsicht ist der Vertrag belanglos.

Entscheidend ist der symbolische Charakter des Protokolls: Die Weltgemeinschaft anerkennt die Verantwortung für das Gemeingut Klima; sie anerkennt, dass die Atmosphäre kein Gratis-Müllplatz für menschlichen Abfall ist. Die Wende bringt der Klimavertrag trotzdem nicht, doch er ist ein Weg dorthin. Eine wirksame Klimapolitik kann aber nur entstehen, wenn weltweit die steigenden Treibhausgas-Emissionen durch wirklich wirksame Auflagen drastisch sinken. Ohne die USA, die nicht erst mit Beginn der Ära Bush dem Protokoll die kalte Schulter zeigen, geht es dabei nicht.

Dieser politische Erfolg hat einen Preis. Erstens hat die Politik die Klimaforschung zu ihrem Instrument gemacht. Zweitens lenkt der starke Fokus auf den von Menschen gemachten Klimawandel davon ab, wie verletzlich der Mensch gegenüber Naturgefahren ist und wie wichtig andere Probleme sind.

So sprechen Forscher in der Öffentlichkeit missverständlich über wissenschaftliche Grundlagen, um die Akzeptanz des Kyoto-Protokolls zu erhöhen. Ebenso erwecken namhafte Klimaforscher den Eindruck, es gebe keinen wesentlichen wissenschaftlichen Erklärungsbedarf mehr. Mit einer drastischen Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen, was auch immer dies kostet, sei es getan. Es ist heute durchaus üblich, den vom Menschen verursachten Klimawandel für jegliche extremen Wetterereignisse, sprich Hochwasser, Dürre oder Wirbelstürme, verantwortlich zu machen. Dafür gibt es aber keine wissenschaftlich überzeugenden Grundlagen, abgesehen von der Intensität von Hitzewellen. Trotzdem suggerierten Klimaforscher – sicher mit guten Absichten –, die Elbflut 2003 sei menschengemacht, ebenso der Wirbelsturm Mitch in Mittelamerika.

### Das schiefe Bild der grossen Katastrophe

Doch seit Mitte der 1990er-Jahre ist wissenschaftlich «nur» belegt, dass die Temperaturen der Nordhemisphäre in den letzten Jahrzehnten stärker angestiegen sind, als es auf Grund rein natürlicher Vorgänge zu erwarten war. Dieses Ergebnis ist in den letzten Jahren immer wieder bestätigt worden. Zudem passt dieses Erwärmungsphänomen zu den heute guten Schätzungen der Klimamodelle bis zum Ende des 21. Jahrhunderts.

Manche Klimaforscher übertreiben im Einzelfall zwar nur schwach, das heisst, sie spitzen zu, um eine nachhaltige Klimapolitik voranzutreiben. Aber in der Summe dieser Einzelfälle entsteht das schiefe Bild der grossen allgegenwärtigen Katastrophe mit kippenden Ozeanströmungen, zusammenbrechenden Ökosystemen, lebensfeindlichen Temperaturen und tropischen Krankheiten bis in die mittleren Breiten. In der Öffentlichkeit mag das tolerierbarer sein, aber in der wissenschaftlichen Praxis ist das inakzeptabel.

Auch der hoch angesehene Uno-Klimawissen-

schaftsrat (Intergovernmental Panel of Climate Change IPCC) leidet zunehmend unter der Last des politischen Drucks. Mehrere Leitautoren des IPCC sind für dramatisierende Aussagen bekannt. Sie ruinieren so das Renommee dieses Wissenschaftsrates. Da ist Wissenschaft nicht mehr der Prozess, der neue unerwartete Einsichten verarbeitet, sondern ein Reparaturbetrieb politisch opportuner Wissensansprüche. Ein Physiker der renommierten Universität Stanford schrieb kürzlich: «Die Klimaforschung verliert ihre Glaubwürdigkeit, eine seriöse Wissenschaft zu sein. Praktisch alle meine Physiker-Kollegen sind sich einig, dass dieses Feld derart politisiert ist, dass man nicht mehr weiss, was man glauben soll.» Dies trifft insbesondere auf Länder wie Deutschland, die USA und Grossbritannien zu, weniger allerdings für die Schweiz. Hier scheint ein solides akademisches Milieu vorzuherrschen.

Die Dominanz des Klimawandels in der Themenagenda der Umweltpolitik verdrängt akute Probleme aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit: die Zehntausende Menschen, die täglich an Hunger sterben; die erschütternde Armut in den Entwicklungsländern; die erneute Ausbreitung von Malaria; das Übersehen der Tsunami-Gefahr im Indischen und anderen Ozeanen – und nicht zuletzt die aktuellen Klimagefahren durch seltene, aber normale Umweltkatastrophen wie der Wirbelsturm Mitch oder die Elbflut. Trotz dieses hohen Preises ist das Kyoto-Protokoll ein Schritt in die richtige Richtung. Nur müssen wir versuchen, künftig in einer nachhaltigen Weise weiterzugehen. Das heisst: Es braucht eine von der Politik unabhängige, glaubwürdige Klimaforschung. Und der Blick auf alle sozialen und ökonomischen Missstände dieser Welt muss geschärft werden.

Hans von Storch, 55, leitet das Küstenforschungsinstitut des GKSS-Forschungszentrums in Geesthacht in der Nähe von Hamburg und gilt als einer der Pioniere der Klimastatistik am Computer.

Siehe auch Seite 40

«MUSICSTAR»

## Dummheit kennt keine Grenzen

Von Peter Hartmeier

Wer soll schreiben? Wer soll reden? Wer soll singen? Wer soll spielen? Die Auswahl des Personals gehört zu den Kernaufgaben der Führung in jedem Unternehmen. Wenn während einer populären Sendung im Fernsehen DRS – in diesem Falle «MusicStar» am Sonntagabend – ein fest angestellter «Juror» Zuschauer und Teilnehmer mit Fäkalsprache beleidigt, sind Fragen erlaubt.

Vor allem drängen sich kritische Fragen auf, wenn man die nachgeschobene Erklärung – nicht etwa Entschuldigung – des mit Gebühren finanzierten Senders näher betrachtet. Der «Juror», ein Deutscher, sei sich eben eine «härtere Sprache» und einen unzimmerlichen Umgang von Deutschland her gewöhnt. Wir Schweizer seien da eben zu betulich.

Ich staune! An meinen deutschen Freunden schätzte ich bisher die Fähigkeit, sich sprachlich gewandt auszudrücken. Ihre Freude an Debatten, ihr Sprachwitz, ihr rhetorisches Temperament und ihre Belesenheit machen Diskussionen jeweils zu lustvollen Begegnungen. Form und Inhalt stimmen überein.

Und nun klärt mich also Armin Walpens Service-public-Sender über die wahren Charaktereigenschaften der Deutschen auf: dumm, sprachlich primitiv, ausgerüstet mit einem Wortschatz, der ebenso beschränkt wie klobig daherkommt. Warum aber interessiert uns dieser bewusst herbeigeführte «Eclat» überhaupt?

### Anbiederung zahlt sich nicht aus

Der Umgang mit der Sprache ist mehr als nur bildungsbürgerlicher Firlefanz. Erst die Beherrschung der Sprache verhilft zur Analyse, zur Problemlösung im privaten, beruflichen und öffentlichen Leben. Und deshalb achten Schule, Eltern und die Mehrheit der Medien darauf, wie sie mit der Sprache umgehen. Nicht nur im klassenbewussten England wird von der Sprache Herkunft und Bildung abgeleitet, nicht nur in Frankreich entscheiden sprachliche Fähigkeiten über beruflichen Erfolg.

Wenn ein nationaler Sender Menschen das Wort erteilt, die des Wortes nicht mächtig sind, positioniert er sich selbst. Dummheit kennt nämlich keine nationalen Grenzen – und Charakterlosigkeit im Auftritt auch nicht. Der «deutsche» Juror ist deshalb längst ein «Schweizer» Fall geworden: Er entblösst eine Programmpolitik, die sich noch rächen wird.

Anbiederung, um Leserinnen und Zuschauer zu gewinnen, ergibt weder journalistisches Profil noch unternehmerischen Erfolg, den selbst staatlich abgesicherte Institutionen früher oder später benötigen. Die Mehrheit der Menschen mag Anstand und Stil – auch im Journalismus.